

Nummer 6

Anlage III zu Anhang II

Liste der Urkunden, die gemäß Artikel 52 Abs. 1 des Schengener Durchführungsübereinkommen bzw. Artikel 5 Abs. 1 des EU-Rechtshilfeübereinkommens vom 29. Mai 2000 unmittelbar durch die Post zugestellt werden können*

A) Mitteilungen in verschiedenen Verfahrensabschnitten:

1. Gewähr rechtlichen Gehörs an Betroffene vor Erlass von Entscheidungen (§ 33 Abs. 3 StPO)
 - a) durch Gerichte
 - aa) soweit mit Fristsetzung verbunden (§§ 33 Abs. 3, 35 Abs. 2 Satz 1 StPO) ZU
 - bb) ohne Fristsetzung (§§ 33 Abs. 3, 35 Abs. 2 Satz 2 StPO) fM
 - b) durch Staatsanwaltschaften fM
 2. Mitteilungen von gerichtlichen Entscheidungen, soweit
 - a) nur innerhalb einer Frist anfechtbar (§ 35 Abs. 2 Satz 1 StPO) ZU
 - b) nicht oder zeitlich unbeschränkt anfechtbar (§ 35 Abs. 2 Satz 2 StPO) fM
 - c) in Anwesenheit des Betroffenen verkündet (§ 35 Abs. 1 Satz 2 StPO) fM
 3. Mitteilungen betreffend Ordnungsmittel an Betroffene (§§ 178ff. GVG):
Entscheidungen über Verhängung von Ordnungsmitteln ZU
 4. Mitteilungen der Entscheidungen in Wiedereinsetzungsverfahren an die Antragsteller bei
 - a) Gewährung von Wiedereinsetzung
 - aa) falls dadurch Frist in Gang gesetzt wird (z. B. bei versäumter Revisionseinlegungsfrist (§§ 46 Abs. 2, 345 Abs. 1 StPO) ZU
 - bb) in den übrigen Fällen (§§ 46 Abs. 2, 35 Abs. 2 Satz 2 StPO) fM
 - b) Versagung der Wiedereinsetzung (§§ 46 Abs. 3, 35 Abs. 2 Satz 1 StPO) ZU
 5. sonstige Mitteilungen in Wiedereinsetzungsverfahren (§§ 44ff. StPO) fM
 6. Mitteilungen des gerichtlichen Beschlagnahmebeschlusses (§§ 94 Abs. 2, 98 Abs. 1 Satz 1, 111a Abs. 1 StPO) fM
 7. Gewährung rechtlichen Gehörs bei Entscheidungen über den Kautionsverfall an Beschuldigte und Kautionssteller (§ 124 Abs. 2 Satz 1 StPO) fM
 8. Mitteilungen der Entscheidungen über den Kautionsverfall an Beschuldigte und Kautionssteller (§ 124 Abs. 2 Satz 2 StPO) fM
- * Die Abkürzung für die erforderliche Form der Zustellung lautet:
ZU = Einschreiben mit Rückschein (§ 37 Abs. 2 StPO)
fM = formlose Mitteilung
9. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts an Betroffene betreffend sichergestellte Beweismittel und deren Rückgabe (z. B. Bescheidungen von Anträgen auf Rückgabe sichergestellter Beweismittel) fM
 10. Rückgabe sichergestellter Beweismittel an Betroffene fM
 11. Aufforderungen zur Verteidigerbenennung (§ 142 Abs. 1 Satz 2 StPO)
 - a) durch Gerichte mit Fristsetzung ZU
 - b) durch Gerichte ohne Fristsetzung oder Staatsanwaltschaften fM
 12. Mitteilungen bei Zustellungen an Verteidiger (§ 145a Abs. 3 Satz 1 StPO) fM
 13. Mitteilungen an Beschuldigte, Nebenbeteiligte, Zeugen, Sachverständige oder Dolmetscher wegen des Termins einer Vernehmung (z. B. schriftliche Terminabsprachen, Terminaufhebungen etc.) fM
 14. Mitteilungen an Zeugen, Sachverständige oder Dolmetscher im Zusammenhang mit der Zeugen-, Dolmetscher- bzw. Sachverständigenentschädigung fM
 15. Mitteilungen der Staatsanwaltschaften oder Gerichte an Beschuldigte, Anzeigenerstatter oder sonstige Beteiligte zu sonstigen Fragen (z. B. Bescheidung eines Antrages auf Auskunft aus oder Einsicht in die Ermittlungsakten) fM
 16. Belehrung der Verletzten über ihre Verfahrensrechte (§ 406h StPO) fM
 17. Mitteilungen an anwesende Beschuldigte über den Verfahrensfortgang (§ 287 Abs. 2 StPO) fM

B) Mitteilungen im Ermittlungsverfahren:

1. Mitteilungen der Einleitung des Ermittlungsverfahrens an Beschuldigte (vgl. §§ 78c Abs. 1 Nummer 1 StGB, 397 Abs. 3 AO) fM
2. Bestätigungen des Eingangs einer Anzeige an Anzeigenerstatter (Nummer 9 RiStBV) fM
3. Ladungen der Beschuldigten zur Vernehmung
 - a) durch den Richter (§ 133 Abs. 1 StPO) fM
 - b) durch den Staatsanwalt (§ 163a Abs. 3 StPO) fM
 - c) durch die Polizei und sonstige Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (vgl. § 163a Abs. 4 StPO) fM
4. Mitteilungen der Beschuldigung unter Anheimgabe einer schriftlichen Äußerung an Beschuldigte (§ 163a Abs. 1 Satz 2 StPO) oder Betroffene (§ 55 Abs. 1 OWiG) fM
5. Aufforderungen an Zeugen zu schriftlichen Zeugenauskünften (vgl. § 161a StPO) fM
6. Gewährung rechtlichen Gehörs an Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter Jugendlicher oder heranwachsender Beschuldiger (§ 43 Abs. 1 Satz 2 JGG) fM
7. Ladungen von Zeugen
 - a) durch den Richter (vgl. § 168c StPO) fM
 - b) durch den Staatsanwalt (§ 161a StPO, Nummer 64 Abs. 3 RiStBV) fM
 - c) durch die Polizei oder sonstige Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (vgl. § 163a Abs. 5 StPO) fM
8. Ladungen von Sachverständigen
 - a) durch den Richter (vgl. § 168c StPO) fM
 - b) durch den Staatsanwalt (§ 161a StPO, Nummer 64 Abs. 3 RiStBV) fM
 - c) durch die Polizei oder sonstige Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (§ 163a Abs. 5 StPO) fM
9. Mitteilungen des Termins für eine richterliche Zeugen- oder Sachverständigenvernehmung an Beschuldigte und sonstige zur Anwesenheit Berechtigte (§ 168c Abs. 5 Satz 1 StPO) fM
10. Mitteilungen des Termins für richterliche Augenscheinseinnahmen an Beschuldigte und sonstige zur Anwesenheit Berechtigte (§§ 168d Abs. 1, 168c Abs. 5 Satz 1 StPO) fM
11. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an Beschuldigte, Anzeigende u. a. zu Verfahrensfragen (z. B. Hinweise auf Verfahrensverbindungen mit Mitteilung des neuen Aktenzeichens, Verfahrensübernahmen § 386 Abs. 4 AO) fM

C) Mitteilungen im Zusammenhang mit dem Abschluss der Ermittlungsverfahren:

1. Benachrichtigungen über Fristsetzungen für Klageerhebung an Anzeigenerstatter (§ 154d Satz 2 StPO) fM
2. Anfragen der Staatsanwaltschaft an Beschuldigte, ob diese mit einer vorläufigen Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO unter Erteilung von Auflagen oder Weisungen einverstanden sind fM
3. Mitteilungen der vorläufigen Einstellung nach § 153a Abs. 1 StPO mit der Aufforderung zur Erfüllung von Auflagen oder Weisungen fM
4. Mitteilungen der Einstellungen an
 - a) Anzeigenerstatter, die zugleich Verletzte sind (§ 171 Satz 2 StPO)
 - aa) bei Statthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages fM
 - bb) bei Unstatthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages fM
 - b) sonstige Anzeigenerstatter (§ 171 Satz 1 StPO) fM
5. Mitteilungen der Einstellung an Beschuldigte (§ 170 Abs. 2 Satz 2 StPO)
 - a) soweit mit Belehrung nach § 9 Abs. 1 Satz 5 StrEG ZU
 - b) in den übrigen Fällen fM
6. Aufforderungen an Beschuldigte bei vorläufigen Einstellungen gemäß § 153a Abs. 1 StPO, den Nachweis für die Erfüllung von Auflagen und

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Weisungen zu erbringen | fM |
| 7. Mitteilungen an Beschuldigte und Anzeigenerstatter, dass die Ermittlungen wieder aufgenommen worden sind | fM |
| 8. Mitteilung der Verwarnung an den Betroffenen auch mit Fristsetzung für die Zahlung des Verwarnungsgeldes (§ 56 Abs. 1 OWiG) | fM |

D) Mitteilungen im Klageerzwingungsverfahren:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Bescheidungen des Anzeigenerstatters durch vorgesetzte Beamte der Staatsanwaltschaft (§ 172 Abs. 2 Satz 2 StPO) an | |
| a) Anzeigenerstatter, die zugleich Verletzte sind (§ 171 Satz 2 StPO) | |
| aa) bei Statthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages | fM |
| bb) bei Unstatthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages | fM |
| b) sonstige Anzeigenerstatter (§ 171 Satz 1 StPO) | fM |
| 2. Mitteilungen des Klageerzwingungsantrages an Beschuldigte (§ 173 Abs. 2 StPO) | |
| a) mit Fristsetzung für Stellungnahme | ZU |
| b) ohne Fristsetzung für Stellungnahme | fM |
| 3. Mitteilungen der den Klageerzwingungsantrag verwerfenden Entscheidungen an Antragsteller und Beschuldigte (§ 174 Abs. 1 StPO) | fM |
| 4. Mitteilungen der dem Klageerzwingungsantrag stattgebenden Entscheidungen (§ 174 StPO) | fM |
| 5. Mitteilungen betreffend die Prozesskostenhilfe an Antragsteller (§ 172 Abs. 3 Satz 2 StPO) | fM |
| 6. Mitteilungen des Gerichts betreffend die Sicherheitsleistung in Klageerzwingungsverfahren (§ 176 Abs. 1 Satz 1 StPO) | fM |

E) Mitteilungen im Zwischenverfahren:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Mitteilungen der Anklageschrift an Angeschuldigte (§§ 201, 35 Abs. 2 Satz 1 StPO) | ZU |
| 2. Mitteilungen von Bußgeldbescheiden an Betroffene (§ 50 Abs. 1 Satz 2 OWiG) | ZU |
| 3. Bescheidungen von Anträgen der Beschuldigten (§ 201 Abs. 2 StPO) | fM |
| 4. Mitteilungen der Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens an Angeschuldigte (§ 204 Abs. 2 StPO) | fM |
| 5. Mitteilungen der Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens an Anzeigenerstatter | fM |
| 6. Mitteilungen bei Vorlage des Verfahrens an ein Gericht höherer Ordnung (§ 209 Abs. 2 StPO) | fM |
| 7. Mitteilungen bei ergänzenden Ermittlungen ggf. wie im Ermittlungsverfahren | |
| 8. Verwerfung des Einspruchs gegen den Bußgeldbescheid | |
| a) durch die Verwaltungsbehörde (§ 69 Abs. 1 OWiG) | ZU |
| b) durch das Gericht (§ 70 OWiG) | ZU |

F) Mitteilungen bei Vorbereitung der Hauptverhandlung:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Mitteilungen der Entscheidungen zu Beweisanträgen (§ 219 Abs. 1 Satz 2 StPO) | fM |
| 2. Mitteilungen der geladenen Zeugen und Sachverständigen durch das Gericht (§ 222 Abs. 1 Satz 1 StPO) | fM |
| 3. Mitteilungen der geladenen Zeugen und Sachverständigen durch die Staatsanwaltschaft (§ 222 Abs. 1 Satz 2 StPO) | fM |
| 4. Mitteilung des Termins zu kommissarischen Vernehmungen (§ 224 Abs. 1 StPO) | fM |
| 5. Mitteilung des Termins zu kommissarischen Augenscheinseinnahmen (§§ 225, 224 Abs. 1 Satz 1 StPO) | fM |

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 6. Aufforderungen an Verfahrensbeteiligte zur Stellungnahme zu
Verfahrensanträgen | fM |
| 7. Mitteilungen von Entscheidungen zu Verfahrensanträgen | ZU |
| a) soweit nur befristet anfechtbar | fM |
| b) im Übrigen | |
| 8. Belehrungen der Angeklagten über ihr Antragsrecht nach § 233 StPO
(Nummer 120 Abs. 1 RiStBV) | fM |
| 9. Mitteilungen der Entscheidungen über die Entbindung der Angeklagten von der
Pflicht zum Erscheinen (§ 233 StPO) | fM |
| 10. Hinweise auf Entscheidungen durch Beschluss (§ 72 Abs. 1 Satz 2 OWiG) | fM |
| 11. Mitteilungen der Kostenentscheidung der Staatsanwaltschaft nach Einstellung
des Bußgeldverfahrens (§ 108a Abs. 1, 2 Satz 1 OWiG) | ZU |
| 12. Mitteilungen bei Vorlage der Akten an ein Gericht höherer Ordnung
(§ 225a StPO) | fM |

G) Mitteilungen anlässlich der Hauptverhandlung I. Instanz:

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Mitteilungen der Gerichtsbesetzung (§ 222a StPO) | fM |
| 2. Mitteilungen der Eröffnungsbeschlüsse (§ 215 StPO) | ZU |
| 3. Ladungen der Angeklagten und Nebenbeteiligten zur Hauptverhandlung
(§ 216 Abs. 1 StPO) | ZU |
| 4. Mitteilungen der Termine zur Vernehmung der Beschuldigten im Sicherungsverfahren
(§ 415 Abs. 2 Satz 2 StPO) | |
| a) an Beschuldigte | ZU |
| b) an gesetzliche Vertreter | fM |
| 5. Ladungen der Zeugen und Sachverständigen zur Hauptverhandlung | fM |
| 6. Mitteilungen von dienstlichen Äußerungen bei Ablehnungsanträgen
(§ 26 Abs. 3 StPO) | fM |
| 7. Aufforderungen zur Stellungnahme zu Verfahrensanträgen | fM |
| 8. Bescheidungen von Verfahrensanträgen | fM |
| 9. Mitteilungen der Beschuldigungen bei beschleunigten Verfahren
(§ 212a Abs. 3 Satz 2 StPO) | ZU |
| 10. Mitteilungen des Strafbefehls an Angeklagte oder Nebenbeteiligte bzw. deren
bevollmächtigte Vertreter (§ 10 Abs. 1 StPO) | ZU |
| 11. Mitteilungen der Urteile an in der Hauptverhandlung nicht anwesende Angeklagte
bei Verhandlungen nach §233 StPO | ZU |
| 12. Mitteilungen von gerichtlichen Einstellungsbeschlüssen
(§153 Abs. 2 Satz 2 StPO) | fM |

H) Mitteilungen in Berufungsverfahren:

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Mitteilungen der angefochtenen Urteile (§ 316 Abs. 2 StPO) | ZU |
| 2. Mitteilungen der Beschlüsse, durch die Berufungen als unzulässig verworfen
werden (§§ 319 Abs. 1, 322 Abs. 1 Satz 1 StPO) | ZU |
| 3. Ladungen der Angeklagten zur Berufungshauptverhandlung (§§ 323 Abs. 1,
216 Abs. 1 StPO) | ZU |
| 4. Mitteilungen der Urteile, durch die Berufungen wegen Nichterscheinens
verworfen werden (§ 329 Abs. 3 StPO) | ZU |
| 5. Mitteilungen im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung im Berufungsverfahren
im Übrigen wie unter F) und G) | |

I) Mitteilungen in Revisionsverfahren:

1. Mitteilungen der angefochtenen Urteile (§§ 341 Abs. 2, 343 Abs. 2 StPO) oder des Beschlusses nach § 72 OWiG (§ 79 Abs. 4 OWiG) ZU
2. Mitteilungen der Revisionsbegründungen der Staatsanwaltschaft an Angeklagte (§ 347 Abs. 1 Satz 1 StPO) ZU
3. Mitteilungen der Gegenerklärungen der Staatsanwaltschaft zu Revisionen des Angeklagten oder Verteidigers (§ 347 Abs. 1 StPO) fM
4. Mitteilungen der Beschlüsse, durch die Revisionen vom Judex a quo wegen Formmangels verworfen werden (§ 346 Abs. 1 StPO) ZU
5. Ladungen zur Revisionshauptverhandlung des Revisionsgerichts (§ 350 Abs. 1 StPO) fM
6. Mitteilungen der Anträge der Staatsanwaltschaft beim Revisionsgericht auf Revisionsverwerfung (§ 349 Abs. 3 Satz 1 StPO) fM
7. Mitteilungen der Entscheidungen über die Revision (§§ 349, 353f StPO) fM
8. Ladungen zu weiteren Revisionsverhandlungen des Senats (§ 138 Abs. 4 GVG) fM

J) Vollstreckungsverfahren:

1. Mitteilungen der rechtskräftigen Verurteilungen (§ 35 Abs. 1 Satz 2 StPO) fM
2. Belehrungen von Verletzten über ihr Antragsrecht nach § 406d StPO (§ 406d Abs. 3 StPO) fM
3. Mitteilungen an Verletzte über den Verfahrensausgang (§ 406d Abs. 1 StPO) fM
4. Aufforderungen an Verurteilte zur Zahlung von Geldstrafen fM
5. Ladungen von Verurteilten zum Strafantritt fM
6. Aufforderungen an Verurteilte zur Übersendung des Führerscheins bei Rechtskraft des Fahrverbots fM
8. Mitteilungen an Verurteilte im Zusammenhang mit der Strafvollstreckung (z. B. Aufforderungen zur Vorlage von Unterlagen, Bescheidung von Strafaufschubsgesuchen u. a.) fM
9. Gewährung rechtlichen Gehörs an Verurteilte bei nachträglichen Bewährungsentscheidungen (§ 453 Abs. 1 Sätze 2, 3 StPO, §§ 57 Abs. 1 Satz 2, 58 Abs. 1 JGG) fM
10. Gewährung rechtlichen Gehörs bei nachträglichen Entscheidungen über Weisungen und Auflagen (§ 65 Abs. 1 JGG) fM
11. Mitteilungen der nachträglichen Entscheidungen in Bewährungssachen (§§ 453 StPO, 58 JGG)
 - a) falls mit sofortiger Beschwerde anfechtbar ZU
 - b) im Übrigen fM
12. Mitteilungen von Entscheidungen der Vollstreckungsbehörden (§§ 455 bis 456c, 459a, 459e) fM
13. Mitteilungen der Entscheidungen der Gerichte in Vollstreckungssachen (§§ 456c, 458, 459d, 459f, 459h, 460, 462 StPO, § 104 Abs. 3 OWiG) ZU
14. Mitteilungen in Gnadensachen (z. B. Aufforderungen zur Vorlage von Unterlagen, Bescheidungen von Gnadenanträgen) fM
15. Mitteilungen der Urteile an Bekanntmachungsberechtigte (§ 463c Abs. 1 StPO) ZU
16. Belehrung von Beteiligten über ihr Antragsrecht nach § 104 Abs. 2 OWiG fM

K) Mitteilungen bei Abwicklung von Ermittlungsverfahren:

1. Mitteilungen der Entscheidungen im StrEG-Grundverfahren

(§ 8 Abs. 1 Satz 2 StrEG) ZU

2. Belehrungen des früheren Beschuldigten über sein Antragsrecht (§§ 9 Abs. 1 Satz 5, 10 Abs. 1 Satz 3 StrEG) ZU
3. Belehrungen von Unterhaltsberechtigten über ihr Antragsrecht (§ 11 Abs. 2 Satz 1 StrEG) ZU
4. Mitteilungen der Entscheidungen im StrEG-Betragsverfahren (§ 10 Abs. 2 Satz 2 StrEG) ZU

L) Mitteilungen bei Nebenklagen:

1. Bestätigungen des Eingangs des Nebenklageantrags an Nebenkläger (§ 396 StPO) fM
2. Mitteilungen von Nebenklageerhebung an Beschuldigte (§ 396 StPO) fM
3. Mitteilungen der Entscheidung über die Zulassung der Nebenklage (§ 396 Abs. 2 StPO) fM
4. Mitteilungen betreffend Prozesskostenhilfeanträge des Nebenklägers (Aufforderungen zur Vorlage von Unterlagen, Entscheidungen über PKH-Anträge - § 397a StPO) fM
5. Ladungen des Nebenklägers zur Hauptverhandlung (§ 398 Abs. 2 StPO) fM
6. Mitteilungen von Entscheidungen an Nebenkläger (§ 401 Abs. 2 StPO) ZU
7. Mitteilungen des Widerrufs der Anschlußerklärung an Beschuldigte (§ 402 StPO) fM

M) Mitteilungen in Privatklageverfahren:

1. Bestätigungen des Eingangs der Privatklage an Privatkläger (§ 381 StPO) fM
2. Mitteilungen der Privatklage an Beschuldigte (§ 382 StPO) ZU
3. Mitteilungen der Übernahme der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft (§ 377 Abs. 2 StPO) fM
4. Ladungen der Privatkläger zur Hauptverhandlung (§ 385 Abs. 2 StPO) ZU
5. Mitteilungen der geladenen Zeugen und Sachverständigen an Privatkläger und Beschuldigte (§ 222 Abs. 1 StPO) fM
6. Mitteilungen des richterlichen Termins zur kommissarischen Zeugenvernehmung an Privatkläger und Beschuldigte (§ 224 StPO) fM
7. Mitteilungen des Termins zur kommissarischen Augenscheinseinnahme an Privatkläger und Beschuldigte (§ 225 StPO) fM
8. Mitteilungen der Widerklage an Privatkläger (§ 388 StPO) ZU
9. Mitteilungen der Entscheidungen an Privatkläger und Beschuldigte ZU
10. Mitteilungen der Rechtsmittel an die Gegner der Beschwerdeführer (§ 390 Abs. 3 Satz 2 StPO) ZU
11. Mitteilungen an Privatkläger mit Fristsetzung und Einstellungsandrohung (§ 391 Abs. 2 StPO) ZU
12. Mitteilungen über Klagerücknahmen, Tod des Privatklägers oder Fortsetzung des Privatklageverfahrens (§ 394 StPO) fM
13. Mitteilungen betreffend Prozesskostenhilfeanträge des Privatklägers (§ 379 Abs. 3 StPO) fM
14. Mitteilungen betreffend Sicherheitsleistungsanforderungen an Privatkläger (§ 379 Abs. 1 StPO) fM
15. Mitteilungen betreffend Gebührevorschussanforderungen an Privatkläger (§ 379a Abs. 1 StPO) fM

16. Mitteilungen der Beschlüsse über Zurückweisung von Privatklagen mangels
Gebührevorschüssen (§§ 379a Abs. 3, 35 Abs. 2 StPO)
- a) an Privatkläger ZU
 - b) an Beschuldigte fM

17. Mitteilungen der Beschlüsse über Aufhebung der Zurückweisungen der
Privatklage (§ 379a Abs. 3 Satz 3 StPO) fM

18. Mitteilungen im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung im Übrigen wie oben
unter F) und G)

N) Mitteilungen in Adhäsionsverfahren:

- 1. Belehrungen des Verletzten über sein Antragsrecht (§ 403 Abs. 2 StPO) fM
- 2. Bestätigungen des Eingangs des Antrags im Adhäsionsverfahren an
Antragsteller (§ 404 StPO) fM
- 3. Mitteilungen des Antrags an Beschuldigte (§ 404 Abs. 1 Satz 3 StPO) ZU
- 4. Ladungen des Antragstellers zur Hauptverhandlung
(§ 404 Abs. 3 Satz 1 StPO) fM
- 5. Mitteilungen der Beschlüsse über Absehen von einer Entscheidung im
Adhäsionsverfahren an Antragsteller und Beschuldigte (§ 405 StPO) fM
- 6. Mitteilungen der Entscheidungen über Adhäsionsanträge an Antragsteller und
Beschuldigte ZU

O) Mitteilungen bei sonstigen Beteiligungen der nebenklageberechtigten Verletzten:

- 1. Ladungen zum Hauptverhandlungstermin (§ 306g Abs. 2 Satz 1 StPO) fM
- 2. Mitteilungen des Termins zur richterlichen, kommissarischen Zeugenvernehmung
(§§ 406g Abs. 2 Satz 3, 224 Abs. 1 StPO) fM
- 3. Mitteilungen des Termins zur kommissarischen richterlichen Augenscheinseinnahme
(§§ 406g Abs. 2 Satz 3, 225 StPO) fM
- 4. Mitteilungen betreffend Prozesskostenhilfeanträge der nebenklageberechtigten
Verletzten an Verletzte und Beschuldigte (§§ 406g Abs. 3, 397a StPO) fM

P) Mitteilungen in Wiederaufnahme-Verfahren:

- 1. Bestätigungen des Eingangs des Wiederaufnahmeantrages an Antragsteller fM
- 2. Mitteilungen des Beschlusses über Verwerfung des Wiederaufnahmeantrages
wegen Unzulässigkeit (§§ 368 Abs. 1, 372 StPO) ZU
- 3. Mitteilungen des zulässigen Wiederaufnahmeantrages der Staatsanwaltschaft
an Beschuldigte (§ 368 Abs. 2 StPO) ZU
- 4. Ladungen zu Terminen im Probationsverfahren (§ 369 Abs. 3 StPO) fM
- 5. Aufforderungen zu weiterer Erklärung an Beschuldigte (§ 369 Abs. 4 StPO) fM
- 6. Mitteilungen der Entscheidungen über die Begründetheit des Wiederaufnahmeantrages
(§§ 370 Abs. 1, 372 StPO) ZU

Q) Sonstige Mitteilungen:

- 1. Mitteilungen der Anordnungen des Generalbundesanwalts nach
§§ 25, 39, 49 BZRG ZU
- 2. Mitteilungen der Anordnungen des Generalbundesanwalts nach § 48 BZRG ZU
- 3. Mitteilungen der Beschwerdeentscheidungen des Bundesministers der Justiz
nach §§ 25 Abs. 2, 39 Abs. 3, 49 Abs. 3 BZRG fM